BEBAUUNGSPLAN NR. 1/78 ROTER HÜGEL

Bebauungspl.-Änderung
BA vom 22. 4. 1980

Parzellierung

NORDEN
M = 1:1000

●●● = Geltungsbereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 7/80

siehe BPlan Nr. 10/87

siehe BPlan Nr. 2/92

● ● ● Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 7/80
★ ★ ★ Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 10/87
★ ★ ★ Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 2/92

PLANZEICHENERKLÄRUNG

NUTZUNGSSCHABLONE

A	B	A Art der baulichen Nutzung B Zahl der Vollgeschosse -Z C Grundflächenzahl (GRZ) D Geschoßflächenzahl (GFZ) E Bauweise F Dachform, Dachneigung
C	D	
E	F	

ART DER BAULICHEN NUTZUNG:

§ 9 (1) 1 BBauG v. 18. August 1976
§ 1 BauNVO v. 15. 9 1977

WR — Reines Wohngebiet - WR § 3 BauNVO

WA — Allgemeines Wohngebiet - WA § 4 BauNVO

MI — Mischgebiet § 6 BauNVO

●●●●●● Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung § 16 (5) BauNVO

●●●●●●●●●● Abgrenzung unterschiedlicher Festsetzung

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG:

§ 5 (2) 1 und § 9 (1) 1 BBauG sowie §§ 16 u. 17 BauNVO

II — Zahl der Vollgeschosse - Höchstgrenze
GR — Grundflächenzahl
GFZ — Geschoßflächenzahl

BAUWEISE, BAULINIE, BAUGRENZEN:

§ 9 (1) 2,3 BBauG und §§ 22 u. 23 BauNVO

o — offene Bauweise, nur Einzelhäuser
o — geschlossene Bauweise
E — nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
D — nur Hausgruppen zulässig
b — besondere Bauweise (Terrichbebauung, Atriumhäuser)

Baugrenze

Baulinie

Stellung der baulichen Anlage
Firstrichtung der Hauptgebäudeausbauschule

FLÄCHEN FÜR STELLPLÄTZE, GARAGEN MIT IHREN EINFAHRTEN FREIZEIT- UND ERHOLUNGSFLÄCHEN

§ 9 (1) 4 BBauG (§ 21a BauNVO)
§ 21 BauNVO

Flächen für Stellplätze und Garagen

St — Stellplätze
GSt — Gemeinschaftsstellplätze
Ga — Garagen
GGa — Gemeinschaftsgaragen
TG — Gemeinschaftstiefgarage
[E] — Freizeit - Spielfläche
[X] — Freizeit - Erholungsfläche
Ein- und Ausfahrtsverbot

VERKEHRSFLÄCHEN (§ 9 (1) 11 BBauG):

Straßenverkehrsflächen
Gehsteig
Fußweg und Radweg
Eigentümerweg
Straßenbegrenzungslinie, Begrenzung sonstiger Verkehrsflächen
Spielstraße
Wendekammer mit Parkplätzen
Bushaltestelle
Parkstreifen
Privatflächen

GRÜNFLÄCHEN § 9 (1) 15 BBauG:

[V] — öffentliches Grün, Verkehrsgrün
Pflanzgebot für flächenhafte Bepflanzung wie Sträucher und Hecken
Pflanzgebot für Bäume

GELTUNGSBEREICH § 9 (7) BBauG:

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

SONSTIGE FESTSETZUNGEN:

Abschnitten an Garage anschließend mit Eigentümerweg und Trenne
Trafostation / Gasdruckregler
Müllbehälter

AUSSERE GESTALTUNG BAULICHER ANLAGEN:

§ 9 (3) BBauG:

SD = Satteldach
PD = Pultdach
30-35° — Dachneigung
Kniestock ≤ 50 cm
DC - Ausbau nach § 61 BayBO zulässig, keine Dachaufbauten, max. Dachschnittt 4,50 m.

KENNZEICHNUNG UND NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN:

vorhandene Grundstücksgrenzen
vorgeschlagene Grundstücksgrenzen
Höhenschichtlinie
Bestehende Wohn- und Nebengebäude

ENERGIEVERSORGUNG:

Aufgrund der Nähe des Klinikumgebietes wird im Geltungsbereich des Bebauungsplanes entsprechend § 9 (23) BBauG festgesetzt, daß bestimmte die Luft erheblich verunreinigende Stoffe nicht verwendet werden dürfen. Es ist daher die Errichtung und die Inbetriebnahme von Energieversorgungsanlagen, die mit Kohle oder Heizöl beschickt werden verboten.

NACHTRÄGLICHE ÄNDERUNG DES BPL VOM STADTRAT ALS SATZUNG BESCHLOSSEN AM 25. 3. 1980
INKRAFTTRETEN DER VEREINFACHTEN ÄNDERUNG AM 22. 5. 1992
DURCH DIE BEKANNTMACHUNG IM AMTSBLATT NR. 10 VOM 22. 5. 1992

● zu 3.2 Nebenanlagen:
Nebenanlagen im Sinne von § 14 BauNVO sind bei einer Grundfläche von max. 6qm, in einfacher Holzausführung mit geringem Dachüberstand (bis 50cm) im Einzelfall zulässig. Es gilt ein Gerätehäuschen pro Grundstück. Anstelle des Gerätehäuschens ist die Errichtung eines Gewächshauses (Stahlkonstruktion mit Glas) bei einer max. Grundfläche von 6qm im Einzelfall zulässig.

● zu 3.2 Dachformen:
Dachaufbauten sind für alle Typen im Einzelfall zulässig.

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

In Ergänzung der Planzeichen wird folgendes festgesetzt:

Planungsrechtliche Festsetzungen.

1.0 Art der baulichen Nutzung (§ 9 (1) 1)

1.1 Reines Wohngebiet § 3 BauNVO
Gemäß § 51a) sind nur Wohnzebäude mit nicht mehr als zwei Wohnungen zulässig.

1.2 Allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauNVO)
Ausnahmen nach § 4 (3) BauNVO sind gemäß § 1 (5) BauNVO nicht zulässig.

1.3 Mischgebiet (§ 6 BauNVO)
Ausnahmen nach § 6 (3) BauNVO sind gemäß § 1 (5) nicht zulässig. Vergnügungsstätten sind in den an die Verkehrsflächen gelegenen Gebäuden nur auf die in § 6 (2) 3 BauNVO genannten Nutzungsarten sowie sonstige (Aber zulässig (§ 1 (7) BauNVO).

2.0 Maß der baulichen Nutzung (§ 9 (1) 1 BBauG)

2.1 Die zulässige Grundfläche und die Geschoßfläche ermittelt sich nach angegebenen Höchstwerten nach der Abmessung der im Bebauungsplan ausgewiesenen überbaubaren Grundstücksfläche in Verbindung mit der jeweils zulässigen Geschoßzahl.

2.2 Bei der Ermittlung der zulässigen Grund- und Geschoßfläche werden die Flächen der notwendigen Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen nicht berücksichtigt (§ 21a (4) BauNVO).

3.0 Bauweise § 9 (1) 2 BBauG in Verbindung mit § 22 BauNVO

3.1 Offene Bauweise (§ 22 (2) BauNVO) -o
Gebäude mit seitlichen Grenzabstand.

3.2 Geschlossene Bauweise (§ 22 (3) BauNVO) -g
Gebäude ohne seitlichen Grenzabstand.

3.3 Besondere Bauweise (§ 22 (4) BauNVO) -b
Terrichbebauung (Atriumhäuser)

Die Gebäude können als Winkel- oder U-Förmige Häuser mit Grenzbau an mind. 3 Seiten errichtet werden. Soweit nicht auf die Grenze gebaut wird, sind Grenz- und Fensterabstände nach den Bestimmungen der BayBO einzuhalten. Entsprechend der Forderung des § 17 (2) BauNVO sind Einblicke in den Gartenhof durch geeignete Maßnahmen zu verhindern.

4.0 Stellung der baulichen Anlage (§ 9 (2) BBauG)
Soweit im Plan nicht anders festgesetzt, sind die wesentlichen Gebäudekanten parallel zu den eingezeichneten Baugrenzen zu errichten.

5.0 Nebenanlagen im Sinne von § 14 BauNVO sind nur in unmittelbarem Zusammenhang mit den Gebäuden zulässig.
● siehe nachträgliche Änderung vom 22.5.1992

6.0 Stellplätze und Garagen und ihre Einfahrt (§ 9 (1) 4 BBauG) und § 21a BauNVO

6.1 Stellplätze und Garagen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen und auf den hierfür festgesetzten Flächen zulässig. Sollten darüber hinaus Stellplätze erforderlich sein, so sind diese in Erweiterung der vorhandenen Stellplätze anzuordnen.

6.2 Die Gemeinschaftsgaragen, (GGa) sind unter Ausnutzung der gegebenen Geländetopologie in den Hang einzubetten.
Die von der Ammerseestr. erschlossene GGa ist als eingeschossige berankte Parkpalette auszuführen.

6.3 Für die Klinikumallee im Bereich Ammerseestraße und Bodenseering gilt ein Zu- und Ausfahrtsverbot.

6.4 Vor Garagen ist ein Stauraum von mind. 5 m freizuhalten, der nicht durch Abschrankungen irgendwelcher Art gegen die Verkehrsfläche abgetrennt werden darf. Der erforderliche 2. Stellplatz für die Einfamilienhäuser darf gemäß Art. 62 BayBO nicht im Stauraum vor Garage ein. Der 2. Stellplatz sollte so angelegt werden, daß die Garage auch bei belegtem Stellplatz einwandfrei angefahren werden kann.

7.0 Höhenlage der baulichen Anlage (§ 9 (2) BBauG)
Die Höhe des Fertigschaffsbodens in Gebäudeteilen, die an Verkehrsflächen liegen, sollen nicht mehr als 0,6 m über oberkante Fahrbahn liegen.

8.0 Verkehrsflächen (§ 9 (1) 11 BBauG)

8.1 Die Verkehrsflächen gliedern sich entsprechend den Planeintragungen in:
Fahrbahnen,
öffentliche Stellplätze in Straßenraum (Parkstreifen),
Fußwege und Radwege,
Spielstraßen,
Schleifstraßen,
Verkehrsgrünflächen.
Die Abgrenzungen dieser einzelnen Flächen können im Rahmen des Ausbauplanes und der Ausführung an die tatsächlichen Gegebenheiten der Grundstücke geringfügig verändert werden. Die Gestaltung der Fußgängerhauptachse mit Freizeitstätten und der Spielstraße ist in einer besonderen Planung vorzunehmen und Bestandteil dieses Bebauungsplanes.

9.0 Grünflächen (§ 9 (1) 15) BBauG

9.1 Das Verkehrsgrün beiderseits des Bodenseeringes ist mit einer Hecke zu versehen. Vorgesehen sind hochwüchsige standortgerechte Laubgehölze.

9.2 Für den Bereich der verdichteten Bebauung (über zweigeschossig) ist für den nicht überbauten Grundstücksteil eine mindestens 20%ige Raum- und Strauchbepflanzung mit heimischen Holzarten vorzusehen.
Die Fußgängerhauptachse ist durch Raum- und Strauchbepflanzung besonders zu gestalten und hervorzuheben.

10.0 Verminderte Abstandsflächen (entsprechend den Planeintragungen)
Abweichend von Art. 6 BayBO werden zem. Art. 107 Abs. 4 L.V.m. Art. 7 Abs. 1 BayBO zwischen den Gebäuden und zu den Grundstücksgrenzen verminderte Abstandsflächen festgelegt.

11.0 Einfriedungen
Einfriedungen zur öffentlichen Verkehrsfläche hin sind aus Holz in 1,00 m Höhe herzustellen. Die seitlichen und rückwärtigen Einfriedungen sind als Maschendraht in 0,90 m Höhe herzustellen.
Der Vorgarten zur Hauptfußgängerverschließung ist nicht einzufrieden.

12.0 Dachformen und Dachneigungen
I + D = wahlweise Vollgeschoß und Dachgeschoßausbau möglich.

Einfamilienhäuser:

Zweiteilen sind Satteldach, nach einhöftig und zueinander versetzte Pultdächer. Bei einer Dachneigung von 25° - 30° und einem Kniestock ≤ 50 cm ist der DC-Ausbau nach § 61 BayBO zulässig. Max. 3 Dach- und Dachaufbauten 2/3 Dachlängen.
Unterproportionalausbau bei sich einender Gebäudeform nach den Bestimmungen der BayBO zulässig, sowerit das Maß der baulichen Nutzung nicht überschritten wird und durch den Ausbau kein Vollgeschoß entsteht.
● siehe nachträgliche Änderung vom 22.5.1992

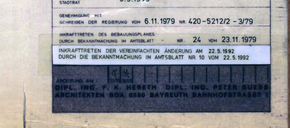
Reihenhäuser:

Satteldach, nach einhöftig und zueinander versetzte Pultdächer.
Dachneigung 25° - 30°.

Terrichbebauung (Atriumhäuser):

Winkeltyp: Dachneigung 20°. SD und PD

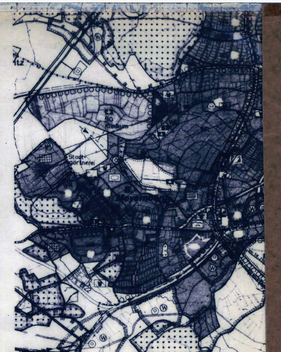
U-förmiger Typ: Dachneigung 25° PD nach innen abfallend.



Doppelhäuser:

Satteldach,
Dachneigung: 25° - 30°, Kniestock ≤ 50 cm
DC-Ausbau nach § 61 BayBO zulässig, keine Dachaufbauten, max. Dachschnittt 4,50 m.

SCHNITT A-A



AUSZUG AUS DEM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN

(M 1: 10 000)

ÜBERSICHTSPLAN

(M 1: 25 000)

Tagesordnungspunkt 12

Az. HT

Gegenstand: Bebauungsplan Nr. 1/78 "Roter Hügel"

I. **S i t z u n g**
des beschließenden B a u - Ausschusses
am 5.11.1985
- öffentlich/~~NICHTÖFFENTLICH~~ -

B e s c h l u ß
(~~BEGRÜNDUNG~~ mehrheit 12 Stimmen/gegen 3 Stimmen)

Für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 1/78 "Roter Hügel" wird folgender Grundsatzbeschluß gefaßt:

a) Ausnahmsweise wird je Grundstück 1 Gerätehäuschen mit einer Fläche bis zu 6 qm in einfacher Holzausführung mit geringem Dachüberstand (bis 50 cm) bei Einfügung in die vorhandene Bebauung und Einhaltung der sonstigen baurechtlichen Vorschriften sowie ausreichender Begrünung zugelassen. Anstelle des Gerätehäuschens ist die Errichtung eines Gewächshauses (Stahlkonstruktion mit Glas) möglich.
Die notwendige Befreiung gemäß § 31 (2) BBauG wird erteilt.

b) Bereits widerrechtlich errichtete, größere Garten- oder Gerätehäuser sind zu beseitigen bzw. auf das zulässige Maß zu reduzieren.

Der Vorsitzende: (Hans Walter Wild) Oberbürgermeister

Der Berichterstatter: (Buchow) Stadtbaurat

Der Schriftführer: (Seesor) Amtsrat

II. Vorstehender Beschluß ist nach Ablauf einer Woche zu vollziehen (Art. 38 Abs. 4 GO)

III. Abdruck von I. und II.
1) HT (Niederschrift 3-fach) und an
2) 3) 4)
IV. Referat Verwaltung II.
Bayreuth, den 5.11.1985.
Der Oberbürgermeister
(Hans Walter Wild)

STADT BAYREUTH
STADTBAUREFERAT STADTPLANUNGSAMT

BEBAUUNGSPLAN NR. 1/78

ROTER HÜGEL BEREICH ZWISCHEN RHEINSTRASSE UND KLINIKUMALLEE

GEZ.	30.4.1979	1:1000
GEPR.	20.8.1979	
	angl. 27.11.1982	MASSSTAB

PLAN NR. 6 1 0 3 5

ENTWORFEN AUS

AUFSTELLUNGSBESCHLUSS STADTRAT VOM 24.5.1978
VERÖFFENTLICHUNG IM AMTSBLATT NR. VOM
ANHÖRUNG UND BURGERBETEILIGUNG NGM 15.1.1979 BIS 19.2.1979
AUSLEGUNGSBESCHLUSS STADTRAT VOM 30.5.1979
OFFENTL. AUSLEGUNG NAT BEGRÜNDUNG 18.6. - 18.7.1979 AMTSBLATT NR. 12 VOM 18.6.1979
SATZUNGSBESCHLUSS BAUAUSSCHUSS VOM 21.8.1979 / 4.9.1979
SATZUNGSBESCHLUSS STADTRAT 5.9.1979
genehmigung nach schreiben der regierung vom 6.11.1979 NR. 420-5212/2-3/79
INKRAFTTRETEN DES BEBAUUNGSPLANES DURCH BEKANNTMACHUNG IM AMTSBLATT NR. 24 VOM 23.11.1979
INKRAFTTRETEN DER VEREINFACHTEN ÄNDERUNG AM 22.5.1992 DURCH DIE BEKANNTMACHUNG IM AMTSBLATT NR 10 VOM 22.5.1992

ENTWURFSVERFASSER DIPL. ING. F. K. HERBETH DIPL. ING. PETER DUERR
ARCHITEKTEN BDA 8580 BAYREUTH BAHNHOFSTRASSE 1